

Laibacher Zeitung.

N^o 106.

Freitag am 9. Mai

1851.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post porto frei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inzerationsgebühren für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. G. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Inzerationsstempel“ noch 10 kr. für eine jedwede Einschaltung hinzu zu rechnen.

Ämtlicher Theil.

Heute wird das XIX. Stück, III. Jahrgang 1851, des Landesgesetz- und Regierungsblattes für das Kronland Krain ausgegeben und versendet.

Laibach, den 9. Mai 1851.

Vom k. k. Redactionsbureau des Landesgesetzblattes für Krain.

Die bei dem k. k. Finanzministerium erledigten Ministerial-Concipistenstellen sind den Cameral-Bezirkscommissären erster Classe in Oesterreich ob und unter der Enns, Rudolph Edlen von Kremer und Wenzel Fichna, dem Cameral-Bezirkscommissär zweiter Classe in Steiermark, Vinzenz Scharsen, dann den Conceptsadjuncten dieses Ministeriums, Adolph Wagner, Vinzenz Edlen v. Terzy und Ludwig v. Malfatti verliehen worden.

Der Minister des Innern hat den Conceptsadjuncten der Wiener Stadthauptmannschaft, Albert Stroh, zum Commissär zweiter Classe bei derselben ernannt.

Die prov. Handels- und Gewerbekammer in Klagenfurt hat den Fr. v. Dittmann'schen Werkdirector, Peter Kreh, zum Präsidenten, und den gräf. Ferd. Egger'schen Werk- und Güterdirector, Jacob Scheliesnigg, zum Vicepräsidenten erwählt, welche Wahlen von dem k. k. Handelsministerium bereits genehmigt wurden.

Nichtamtlicher Theil.

Ueber das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften.

— H. C. — Dr. Gustav Höfken, ein in der gelehrten Welt wohlbekannter Schriftsteller, Mitglied der Staatsprüfungs-Commission in Wien, ließ eine sehr interessante Schrift: „Ueber das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, mit Bezug auf die Neugestaltung des höhern Unterrichts und die Staatsprüfungen in Oesterreich“ erscheinen, worin er unter andern der provisorischen Studienordnung für das Studienjahr 1849—1850 erwähnt, welche die facultativen Prüfungen öffentlich Studirender abstellt, und das Privatstudium für Hörer der rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten nur noch in jenem Jahre zuließ.

Der Verfasser bemerkt hierzu in einer Note wörtlich: „Die letzte Bestimmung hat manche Anfeindung erfahren. Indessen ist der Staat berechtigt und verpflichtet, unbeschadet der Lehr- und Lernfreiheit, den Eintritt in den Staatsdienst an allgemeine Bedingungen und gesetzliche Vorschriften zu knüpfen, und zwar an solche, die ihm am zweckmäßigsten dünken; die Ausnahmefälle sind ebenfalls gesetzlich vorzubehalten. Behufs des Doctorirens dagegen sollte, wie bei den Abiturientenprüfungen, das Privatstudium Geltung behalten, mindestens der Nachweis des Collegienbesuches nicht unerlässlich seyn, wenn in solchen Fällen die Rigorosen vielleicht auch noch etwas umfassender und genauer, als gewöhnlich, zu halten wären.“ Die eben angeführte Stelle verdient im Interesse der unbemittelten studierenden Jugend aus

Krain, und wohl auch anderer Kronländer, besonders hervorgehoben und gewürdigt zu werden. Man kann annehmen, daß mehr als zwei Drittheile der Studierenden in Krain auf Herbergen ihre Unterkunft finden, indem sie ihre, durchgehends in Brot, Vegetabilien und allenfalls etwas gesaltem Fleisch bestehende Nahrung vom Hause bekommen, und hier oder dort für das Bett und die Zubereitung ihrer kargen Kost, 10 oder 12 Gulden des Jahres bezahlen. Unter diesen kümmerlichen Verhältnissen vollenden sie die Studien am Gymnasium, und nur wenige von ihnen haben den Muth, auf das Gerathewohl an eine Universität zu ziehen, und dort mit Noth und Mangel zu kämpfen, um die Studien fortzusetzen; die Meisten betreten nach vollendeter achter Gymnasialclasse irgend eine Laufbahn, zu welcher sie oft eben so wenig Beruf als Neigung haben, und für welche sie sich daher weder geistig noch moralisch vorbereiten; ja es geschieht wohl auch, daß sie sich ganz und gar vernachlässigen und ausarten, weil es eben das letzte Jahr ihrer Selbstständigkeit und Freiheit ist. Es kommen also auf die Universität nur jene unserer Studierenden, welche entweder die nöthigen Subsistenzmittel oder die Entschlossenheit haben, durch mehrstündige Ertheilung des Unterrichtes den nöthigen Unterhalt sich zu verschaffen, was gegenwärtig beim Bestande der Lernfreiheit allerdings thölicher ist, als vordem, immer aber und jetzt mehr als je, auf Kosten der eigenen Ausbildung geschieht. Manche der besseren Studierenden werden zwar nachträglich durch Privatleiß das Versäumte nachzuholen suchen, aber wir kommen hier zum Geständnisse, daß das Privatstudium dasjenige ersetzen muß, was im öffentlichen Collegium nicht erlangt werden konnte. Wir sind weit entfernt, den Werth und bleibenden Eindruck des lebendigen, begeisterten Wortes in mündlichen Vorträgen zu verkennen oder zu läugnen, und wer es vermag, wird diese zu hören beflissen seyn; allein man wird gleichwohl zugeben müssen, daß sich weder jener, nämlich das begeisterte Wort, noch der fruchtbare Boden allenthalben findet, dann aber ist die, auf der Schulbank verlassene Zeit eine verlorene, und um so mehr zu beklagen, als der Jüngling nunmehr erst nach Jahren, wann es leider nicht selten schon zu spät seyn dürfte, seinen Angehörigen und der Welt über das Erlernte Rechnung abzulegen haben wird. Während so die geistige Ausbildung möglicher Weise verwahrlost wird, ist die Moralität durch das angehäuften Beisammenseyn der Jünglinge auf Universitäten mancherlei Gefahren ausgesetzt, wie die Neuzeit insbesondere gelehrt hat. Man sinnt nach Mitteln, um dem vorzubeugen. Eine Ausdehnung der Lernfreiheit durch Gestattung des Privatstudiums der Rechte, wie es zu den Abiturientenprüfungen bewilligt ist, wäre ein solches, gewiß sehr erfolgreiches Mittel, und mancher, ansonst der Jurisprudenz verloren gehende gute Kopf würde dadurch in den Stand gesetzt werden, durch Selbststudium oder unter Anleitung irgend eines menschenfreundlichen Rechtskundigen ein tüchtiger Jurist zu werden, zur strengsten Staats- oder Doctorprüfung sich vorzubereiten. Man wird sagen, daß vordem, als das Privatstudium der Rechte noch gestattet war, nur Wenige davon Gebrauch gemacht haben. Das hat seine Richtigkeit, allein damals bestanden auch noch Semestralprüfungen, die Unbemittelten aber, in deren Interesse wir sprechen, konnten nicht zwei Mal des Jahres zur Ablegung jener Prüfungen an eine Universität reisen, und sie konnten folglich auch nicht

von der Gestattung des Privatstudiums Gebrauch machen; die Meisten schlugen daher, wie oben gesagt, ohne Neigung und Beruf eine ganz andere Laufbahn ein.

Ohne einer beschränkenden Controllmaßregel sollte das Privatstudium der Rechte gleichwohl nicht freigegeben werden. Zunächst müßte sich jeder Rechts-Candidat, welcher sich zur seinerzeitigen Ablegung der Staats- oder Doctorprüfung auf Privatwege vorbereiten wollte, für die zu wählenden Lehrgegenstände, deren Maximum und Minimum vom Gesetze zu bestimmen wäre, an irgend einer Facultät jährlich immatriculiren lassen, was auch schriftlich geschehen könnte, und es hätten die vermöglichen Studierenden, wofern sie von der Gestattung des Privatstudiums Gebrauch machen wollten, eine den Collegiengebern gleichkommende Taxe zu entrichten. Viele unbemittelte Aeltern und Jünglinge würden die, von Dr. Höfken angeregte, und von uns dringend bevorwortete Maßregel des Privatstudiums der Rechte mit regster Dankbarkeit aufnehmen, und es würde hierdurch dem Staate manche ansonst verloren gehende Capacität gewonnen werden: in Oesterreich soll nicht, wie in Rußland, dem Unbemittelten das Studium erschwert seyn.

Oesterreich.

* Wien, 4. Mai. Die „östr. Corr.“ schreibt über die Eröffnung der Bundes-Versammlung in Frankfurt wie folgt:

Am 12. d. werden die Sitzungen der Frankfurter Bundesversammlung wieder eröffnet werden. Es liegt in der Natur der Dinge, daß jede mißglückte Revolution wieder zu ihrem Ausgangspunkte zurückführt, und so ist denn Deutschland nach mannigfachen Irrfahrten und stürmischen Bewegungen dort angelangt, wo es vor dem verhängnißvollen März des Jahres 1848 stand. Hätte man sich damals begnügt, eine weise, gemäßigte, den Verhältnissen entsprechende Reform anzustreben, statt sich auf das Princip und die gefährliche Praxis der Revolution zu werfen, so würde der Nation vielleicht manche schwere Prüfung, manches Unheil, den Regierungen aber manche Verlegenheit und Einzelnen derselben manche Demüthigung erspart worden seyn.

Die deutsche Revolution mißlang und mußte mißlingen, weil der deutsche Geist im innersten Kerne nicht revolutionär ist, weil deutsche Treue und Pietät für Ordnung und geregelte staatliche Sitte nicht ausgestorben sind im Gemüthe des Volkes, weil diesem endlich zu viel Besonnenheit und Nüchternheit innewohnt, als daß es die Gefährlichkeit revolutionärer Experimente nicht hätte erkennen und fürchten sollen.

Wollte man die Revolution nicht, so mußte man allerdings die Reform wollen. Allein um diese gründlich und nachhaltig zu erstreben, durfte man sich der gesetzlichen Basis nicht ganz entäußern, auf welcher die Zustände Deutschlands bis dahin geruht hatten. Es war nicht erlaubt, mit der Vergangenheit gänzlich zu brechen, um einer unsichern Zukunft nachzujagen. Das Fallenlassen der bundesständlichen Institutionen war ein Fehler, der sich schwer genug rächte.

Die Schicksale der Nation fielen von da ab in die Hände von Parteien, welche der Halbheit in

ihren Entschlüssen und Handlungen fröhnten, jener unseligen Halbheit, welche unfähig ist, im Guten wie im Schlimmen irgend einen energischen und nachhaltigen Erfolg zu bewirken, durch ihr Schwanken jedoch alle Verhältnisse verwirrt und eine geregelte Entwicklung vollkommen in Frage stellt.

Diese Halbheit manifestirte sich, als man zu Frankfurt am Main sich vermaß, auf sogenanntem Rechtsboden die durchgreifendste Revolution zu machen, die Zustände der Gegenwart und der Vergangenheit in einen unerquicklichen Brei zu verwandeln, welchen nur die Partei des Umsturzes erträglich finden mochte. Diese Halbheit musterte sich ferner in dem Versuche der Gothaer Partei, unter der Devise der Ordnung und der legitimen Berechtigung eine totale Umwälzung der völkerrechtlichen bestehenden Verhältnisse Deutschlands herbeizuführen. Derselbe Geist der Halbheit war es, welcher einen verheerenden Kampf heraufbeschwor, ohne ihn ernstlich zu wollen.

Möge dieser unentschiedene, zögernde, Schaden bringende Geist nimmermehr Eingang finden im Schooße der Frankfurter Berathungen! Oesterreich hat im Angesichte Europa's feierlich sein Wort verpfändet, daß es nicht die unbedingte und bleibende Rückkehr zu den alten Zuständen, sondern nur unter Festhaltung der legalen, antirevolutionären Grundlage die zeitgemäße Umgestaltung der Grundverfassung Deutschlands bezweckt. Diese Absicht ist sich bis zur Stunde vollkommen gleich, vollkommen unverändert geblieben. Oesterreich aber ist berechtigt, von allen übrigen Regierungen Deutschlands in dieser Hinsicht gleiche Bereitwilligkeit, gleiches Entgegenkommen zu erwarten. Dem Auslande gegenüber wird die Frage des Eintritts der österreichischen Gesamtmonarchie in den deutschen Bund einen Hauptgegenstand der nächsten Berathungen des Bundestages bilden. Es ist dieß eine ausschließlich deutsche Frage, welche daher rechtlich und factisch nur im Interesse Deutschlands von deutschen Staatsmännern zu lösen ist.

Wien, 7. Mai. In gutunterrichteten Kreisen wird versichert, daß die Instructionen des Grafen Arnim voll der freundschaftlichsten Versicherungen für die österr. Regierung lauten. Besonders soll sich die preussische Regierung dahin erklärt haben, daß sie in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit ganz im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung zu Werke gehe, sich durchaus auf keine einseitige Unterhandlung mit Dänemark einlassen, und die Lösung der Frage einzig und allein dem Bundestage überlassen werde, ohne ihrerseits irgend eine fremde Einmischung anzuerkennen. Dagegen wird auch versichert, daß Preußen die Aufnahme auch seiner nichtdeutschen Provinzen und die „Bewilligung von geraden Etappenstraßen bis an den Rhein zur beliebigen Benützung“ beanspruchen will.

— Einer Correspondenz der „Presse. Ztg.“ aus P e r a entnehmen wir: Die Pforte hat endlich dem Anliegen Oesterreichs nachgegeben und die Verpflichtung übernommen, Kossuth, Frau Kossuth, den Grafen Batthiany, Nicolaus und Moriz Perczel, Asboth, Gyurmann, Euley und Wisocky noch ferner in Kutahia unter Aufsicht zu behalten und über ihr weiteres Schicksal mit Oesterreich in Unterhandlung zu treten. Die übrigen Internirten werden dagegen freigelassen und nach den Dardanellen gebracht werden, um sich auf einem englischen Schiff nach England einzuschiffen. Aus Constantinopel werden mehrere ungarische und polnische Flüchtlinge, darunter Dobokai und Bay, ausgewiesen werden. Bemerkenswerth bleibt es, daß der französische Gesandte, General Aupick, welcher die österr. Reclamationen bekämpfte, selbst in der Lage war, die Ausweisung eines gewissen Chancel von der Pforte zu begehren. Dieser war nämlich von Genf angekommen, um die Flüchtlinge in den demokratischen Völkerbund aufzunehmen.

— Nach dem „B. V. B.“ sind Baron Anselm von Rothschild, Baron von Sina und Herr Schaupt für heute eingeladen worden, um vor einer Section des Reichsrathes Auskünfte über die Valutaverhältnisse zu ertheilen.

— Gestern sind bereits 600 Colonisten auf Schiffen nach Ungarn gereist, um sich in der Colonie Ehrenberg niederzulassen. Sie bioouakirten einige Zeit lang theils in Schiffen, theils im Freien unterhalb des Franz-Kettensteiges, und waren dort der Gegenstand der Betrachtung einer großen Menschenmenge, die sie umringte. Sie werden auf der Donau von einer Gesellschaft von Schiffmeistern gegen ein sehr billiges Fahrgeld befördert.

— Man will wissen, daß die französische Regierung ihre Gesandten beauftragt habe, der Haltung der Legitimisten in den verschiedenen Staaten die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, da in Erfahrung gebracht wurde, daß sie zu gleicher Zeit bei mehreren Regierungen dahin arbeiten, ihren Principien eine gewisse moralische Stütze zu verschaffen, und sich dabei der Verwendung sehr einflußreicher Personen zu erfreuen haben. Wir glauben behaupten zu können, daß die österr. Regierung jede Partei als solche ganz ignoriert.

— Das neue Börsengesetz ist im Entwurfe vollendet, kommt jetzt zur Schlußberatung und dürfte in nächster Zeit kundgemacht werden. Wegen Verbrechen und Gefälligkeitsübertretungen bestrafte Personen, dann Creditoren können die Börse nicht besuchen; solche, welche Börsengeschäfte abschließen, die auf sie entfallenden Verluste aber nicht tragen wollen oder können, werden vom Börsenbesuche zeitweilig ausgeschlossen. Die Börsengeschäfte werden genau bezeichnet; als Schiedsgericht soll eine Börsenkammer aufgestellt werden. Im Uebrigen ist der neue Entwurf von dem bisherigen Börsengesetze nicht wesentlich abweichend; doch ist der bis jetzt beschränkt gewesene Besuch der Börse wesentlich erleichtert worden.

Wien. Die angeblich schon zur Veröffentlichung bereit liegenden Pläne des Finanzministeriums zur Regelung der Geldverhältnisse beschäftigen das Publicum fortwährend im hohen Grade. Man spricht von einer spec. Anleihe mit in Silber zahlbaren Coupons, um den Papiergeldumlauf zu reduciren. In sonst gut unterrichteten Kreisen vernimmt man dagegen, daß der Herr Finanzminister an ein Anlehen nicht denkt, wohl aber dem Reichsrathe einen ganz detaillirten Ausweis vorgelegt habe, durch welchen ziffermäßig dargethan ist, daß die Einnahmen des Staates die Ausgaben bereits übersteigen würden, wenn die für Ungarn präliminirten Steuern schon zur regelmäßigen Einhebung gekommen wären. Auf Grundlage dieser Nachweisungen aber sollen die Berathungen zur Ordnung unseres Geldwesens erst beginnen.

— Man erzählt sich, daß der Herr Finanzminister eine Ansprache an das Publicum zu dessen Aufklärung über die Finanzverhältnisse des Reiches erlassen werde. Eine solche Ansprache wurde durch den Herrn Finanzminister schon in dem Finanzgesetze vom 25. Juni 1848 in Vorschlag gebracht.

— Die noch schwebende Wasserrechtsfrage dürfte nächstens durch das Erscheinen eines Gesetzes über die Benützung des Wassers gelöst werden. Nach dem dießfälligen, ehestens zur Schlußberatung kommenden Entwurfe bilden die Gewässer ein zur allgemeinen Benützung bestimmtes Eigenthum des Staates, welcher auch die Regelung und Leitung der sämtlichen Wasserangelegenheiten übernimmt. Wasserbauten, Canalanlagen u. dgl. dürfen nur mit behördlicher Bewilligung erfolgen. Das Gesetz dürfte sehr umfangreich werden.

— Im Nachhange zu der Verordnung über die Tabakmonopolsordnung in Ungarn wurde im Auftrage des Finanzministeriums nunmehr auch die Verfügung getroffen, daß Jedermann, der in diesem Jahre Tabak zu pflanzen beabsichtigt, dieß bis letzten August behördlich zur Anzeige bringen muß.

— Der Gemeinderath denkt nunmehr ernstlich daran, ein eigenes Gemeindeblatt herauszugeben, da sich die Verleger der „Wiener Ztg.“ bereits dahin ausgesprochen haben, daß die unentgeltliche Aufnahme der Gemeinderathsverhandlungen in die „Wiener Ztg.“ nicht länger mehr Statt finden könne.

— Einige Bauern aus Gömör, welche bei Gelegenheit der Einführung des Tabakmonopols ihren Tabaksamen auf öffentlichem Plaze verbrannten, sind gefänglich eingezogen, und werden wegen politischer Demonstration zur Rechenschaft gezogen.

* Die Bergstädte in der Slovakei bereiten eine Petition an das Handelsministerium wegen Erbauung einer Eisenbahn vor und geben an, daß dadurch der Handelsverkehr bedeutend gehoben würde.

* **Prag, 4. Mai.** Der katholische Verein zu Prag hat wegen der Erbauung der Karlskirche am 1. Mai eine Versammlung gehalten, wobei beschloffen ward, daß der Plan für eine Menge von 3000 Personen entworfen werde, und daß die Kosten des im byzantinischen Style auszuführenden Baues die Summe von 250.000 fl. C.M. nicht überschreiten sollen, wozu der Concurs auszuschreiben wäre.

* **Zara, 1. Mai.** Die Commission bezüglich der Einführung eines neuen Zollsystems und der Einverleibung Dalmatiens in das österreichische Zollgebiet wird am 21. Mai zusammentreten. Das Landleben in Stagno hat sich erneuert.

Zara. Die armen Bewohner der Stadt Stagno in Dalmatien wurden am 14., 16. und 17. v. M. wieder durch Erderschütterungen erschreckt. Auch in der Herzegowina wurde am 13. ein heftiges Erdbeben verspürt. In Messina fanden ebenfalls am 11. und 12. Erderschütterungen Statt.

Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Die heutige Sitzung der ersten Kammer, in welcher der Bericht der Finanzcommission über die Verwendung der 18 Millionen zur Berathung kam, war bemerkenswerth durch eine Rede des Freiherrn v. Arnim, worin er das Ministerium aufforderte, seine Behauptungen zu widerlegen, nicht durch einfache Dementis, sondern mit den dazu erforderlichen Beweisflücken. Dieß könne, sagt er, nur geschehen durch Vorlegung der Noten von Protesch, durch ein öffentliches Dementi der in dem bekannten Circulare des Fürsten Schwarzenberg behaupteten, das Verfahren des Ministeriums Manteuffel so schwer gravirenden Thatsachen. Zum Schluß seiner Rede verwies Herr v. Arnim die Entscheidung zwischen ihm und seinen Gegnern an das Land, an das alte Preußen! Der anwesende Unterstaatssecretär des Aeußern, Hr. Lecocq, sagt die „E. Z.“ bestritt die Behauptungen des Hrn. v. Arnim, aber er widerlegt sie nicht, was der letztere schließlich noch constatirte.

Frankfurt, 1. Mai. Heute Morgen haben die Berathungen der hier versammelten deutschen Papierfabrikanten begonnen. Der wichtigste Gegenstand, mit welchem man sich beschäftigt, betrifft die Maßregeln, welche zu einer gesetzlichen Ordnung des Handels mit Hadern (Lumpen) führen können. Die Ausfuhr dieses wichtigen Rohstoffes, auf welchem die Papierfabrication beruht, ist bekanntlich in den meisten Ländern durch Ausfuhrverbote oder sehr hohe Zölle der einheimischen Consumption vorbehalten. Im Zollverein beträgt der Ausfuhrzoll nur 3 Thaler per Centner. Diesen Satz sucht man wenigstens aufrecht zu erhalten. Wahrscheinlich kommt bei dieser Gelegenheit auch die deutsch-österreichische Zoll- und Handelsfrage zur Sprache.

— Die Zollconferenz in Wiesbaden wird nun doch nächstens zu Ende gehen, oder ist es schon. Sie hat, wie man erfährt, einen neuen Tarif verfaßt, der enthalten wird: 1) die seit Emanation der vorigen eingetretenen Veränderungen; 2) Heruntersetzung und zum Theil völlige Aufhebung der Zölle für Rohproducte. Die Transitzölle sind von ihr ebenfalls ermäßigt und resp. gleichmäßiger gestellt worden, doch hängt die definitive Annahme dieser Aenderung noch von dem Ausgang der in Betreff der Rheinzölle schwebenden Unterhandlungen ab. Bei sogenannten vernirten Sachen ist von ihr bestimmt worden, daß Alles, was mit Gold vernirt ist, höher besteuert werden soll.

Kiel, 1. Mai. Dem Vernehmen nach wird nächstens eine officielle Anerkennung der schleswig-holsteinischen Staatsobligationen publicirt werden;

gewiß ist wenigstens, daß ihre fortdauernde Geltung keinem Zweifel mehr unterliegen kann.

München, 1. Mai. Von den projectirten Eisenbahnen sollen in Angriff genommen werden am 1. October 1851 die Bahnstrecke von Kaufbeuren nach Kempten, am 1. October 1852 von Kempten nach Immenstadt, am 1. October 1853 von Immenstadt nach Herbachhofen, am 1. Mai 1852 von Bamberg nach Hafffurt, am 1. Juli 1853 von Hafffurt nach Schweinfurt, am 1. Juli 1854 von Schweinfurt nach Würzburg. — Mit dem heutigen Tage haben die „Leuchtkugeln“, die bei dem fast in allen deutschen Ländern erfolgten Verbote keinen Leserkreis mehr besitzen, aufgehört zu erscheinen.

— Während der Anwesenheit des Königs von Baiern in Traunstein erschien eine Deputation von Salzburg, den Bürgermeister an der Spitze, um sich an Ort und Stelle über die nothwendigen Bedürfnisse der Abgebrannten zu erkundigen. Der König ließ sogleich diese Deputation zu sich rufen, und dankte derselben in den verbindlichsten Ausdrücken für die so freundschaftlichen und bereits oft erprobten Gesinnungen der Stadt Salzburg.

Schweiz.

— Das Organisations-Comité des „eidgenössischen Freischießens“, welches heuer in Genf abgehalten wird, hat sämtliche schweizerische Regierungen eingeladen, dieses Fest mit einer Abordnung zu beschicken. — Aus Californien ist von den dort lebenden Schweizern eine Ehrengabe — aus californischen Goldstufen bestehend — zum Freischießen nach Genf gesandt worden.

Italien.

* **Rom, 29. April.** Der französische Gesandte Rayneval hat dem Papste seine Beglaubigungsschreiben überreicht.

* **Neapel, 27. April.** Die Contumazmaßregeln gegen Piemont, Toscana und Rom sind zurück genommen.

Nizza, 28. April. In der Nacht vom 24. auf den 25. wehte hier ein heftiger Orkan, eine Art von Windhose, welche Häuser abdeckte und Schornsteine von den Dächern warf. Als der Orkan vorüber war, fand eine Patrouille, welche auf den Bassteien die Runde machte, eine große Menge Kraniche daselbst, welche der Sturm zu Boden geworfen hatte. Sie waren ganz erschöpft und ließen sich mit den Händen greifen und in die Kaserne bringen, wo sie sich wieder erholten. In derselben Nacht verwüstete ein starker Hagelschlag die Felder in den Umgebungen von Villafranca. Gestern Nacht wurde die Stadt abermals von einem Orkan heimgesucht.

Frankreich.

Paris, 31. Mai. Es geht uns folgende interessante Mittheilung über die Entschlüsse des Elysée in Bezug auf die Revisionsangelegenheit und die Krise von 1852 zu, die unsere früheren Nachrichten und unsere jüngsten Reflexionen über die politische Bedeutung des Ministeriums Leon Faucher vollkommen bestätigt. —

„Am 29. oder 30. Mai werden mehrere namhafte Mitglieder des Vereins der „Rue des Pyramides“ Kraft ihrer parlamentarischen Initiative einen noch näher zu formulirenden und vom Verein selbst zu genehmigenden Antrag auf Revision der Verfassung deponiren, der jedenfalls so allgemein gehalten seyn wird, daß alles, was nicht gerade entschiedener Republikaner ist, darauf eingehen kann. Wenn alsdann bei der Abstimmung eine möglichst imposante Majorität sich dafür ergeben haben wird, ohne daß jedoch die von der Verfassung selbst verlangte Majorität von $\frac{3}{4}$ der Stimmen, wie vor auszusehen, erreicht wäre, so soll auf folgende Weise verfahren werden. Ein Mitglied der Rue des Pyramides wird alsdann, Kraft seiner parlamentarischen Initiative, dieser Majorität den Vorschlag machen, zu erklären, ob sie den Artikel 111 der Verfassung (der die zum Revisionsvotum nöthige Majorität bestimmt) aufrecht erhalten will, was,

da die Linke sofort die Vorfrage beantragen würde, ohne alle Debatte durch namentliche Abstimmung beantwortet werden würde. Wenn auch hierbei, wie bis jetzt wahrscheinlich ist, die Revision scheitert, so wird dennoch die Regierung nichts thun, sondern den Ausdruck des Nationalwillens im Mai 1852 abwarten. An einen Staatsstreich gegen die Nationalversammlung denken weder der Präsident, noch die Minister. Der Präsident ist entschlossen, seinen Eid und seine bei mehreren feierlichen Gelegenheiten freiwillig wiederholten Versicherungen bis zum Ablauf seines Mandats zu halten. Das Ministerium, an dessen Spitze zwar nicht dem Namen, aber der Wirklichkeit nach, Leon Faucher steht, hat seinerseits keine Lust, sich der Verantwortlichkeit eines Staatsstreiches gegen die Nationalversammlung auszusetzen. Selbst diejenigen beiden Personen, die gewöhnlich als die Hauptinstrumente zu einem etwaigen Staatsstreich betrachtet werden, der Oberbefehlshaber der Armee von Paris, General Baraguay d'Hilliers und der Polizeipräsident Carlier, sind weit entfernt davon, sich zur Ausführung eines 18. Brumaire hergeben zu wollen. Dieser hat sich sehr offen darüber ausgesprochen; jener weiß zu gut, daß ein solches Unternehmen in der Armee selbst die schwersten Conflicte hervorgerufen und die ganze Armee in einem Augenblick demoralisiren würde.“ Wir wissen sehr wohl, daß obige Mittheilung noch nicht auf alle Fragen antwortet, die man sich in Bezug auf die Revisionscrisis stellen kann. Allein wir haben nicht mehr sagen wollen, als wir selbst gehört haben. Was wir aber gesagt haben, rührt von einer, mehr noch wegen naher Familienbeziehungen zum Chef des Ministeriums, als wegen ihrer eigenen politischen Stellung besonderen Glauben verdienenden Person her, die wir nöthigenfalls nennen könnten. (Wand.)

— Die Buchdruckerei, in welcher die schmutzigen „Bulletins des Widerstands-Comités“ fabricirt wurden, ist polizeilich gesperrt und die darin befindlichen Pressen mit Beschlag belegt worden. Es war bereits ein erstes Bulletin zur Veröffentlichung bereit. Zwei Montagnards sollen dabei compromittirt seyn. Zu bemerken bleibt, daß es zwei Widerstands-Comités gibt, ein falsches und ein echtes. Das erstere räch zu unmittelbarem Aufstande und zur schnellen Vertilgung aller Volksfeinde; das andere dagegen will noch warten und den gelegenen Zeitpunkt wählen. Die gesperrte Buchdruckerei war jene des falschen Comité's.

Spanien.

Madrid, 23. April. Das Madrider Journal „la Racion“ berichtet: Es scheint, daß in einigen Stadtvierteln gedruckte Proclamationen zu Gunsten der Republik in Umlauf gesetzt worden sind. Auch sollen sich Agenten bei gewissen Wählern mit der Aufforderung eingefunden haben, zu Gunsten der Republik zu votiren. Wir halten es für unsere Pflicht, diese Thatsache der competenten Behörde anzuzeigen, damit sie sich bestrebe, die Urheber jener Proclamationen zu entdecken und streng zu bestrafen.“

Die exaltirteste Fraction der Progressisten hat sich von ihren ehemaligen politischen Meinungsgegnossen, die sie nicht demokratisch genug findet, getrennt und ein anderes Wahlcomité unter der Benennung „demokratisches Comité“ gebildet. Das Präsidium desselben wurde Hrn. Dreme zugetheilt und unter den 24 Mitgliedern desselben befinden sich die Namen mehrerer anderer Republikaner, so wie Rivero, Riego, Armas, Iglesias, Solere und der Handwerker Diaz.

Dieses Comité (berichtet die „Racion“) hatte sich am verflossenen Sonntag in einem Theatersaal versammelt und den Beschluß gefaßt, die Progressisten bei den Wahlen zu unterstützen; aber später trennte sich die demokratische Partei von ihnen, um ihre Grundsätze besser verfechten zu können.

Dies wäre also in dem durchaus monarchischen Spanien ein sehr deutlich ausgesprochener Anfang des Republikanismus. Angesichts solcher Demonstrationen, sieht zu hoffen, daß die Regierung sich nicht einschläfern lassen wird. Sie kann besonders

auf den Patriotismus der gemäßigten Partei rechnen, deren sämtliche Fractionen, in Kenntniß gesetzt von den neuen Gefahren, ohne Zweifel nicht unterlassen werden, ihre Reihen fester zu schließen und sich um den Thron zu schaaren, den sie bisher muthig vertheidigt haben.

Großbritannien und Irland.

— Das Unterhaus hat sich am 2. Mai mit 202 gegen 177 Stimmen für die zweite Lesung der Bill wegen „Zulassung der Juden“ zum Parlament ausgesprochen.

Neues und Neuestes.

* **Wien, 7. Mai.** Die Berathungen der zu Sr. Excellenz dem Hrn. Reichsrathspräsidenten Freiherrn v. Kübeck geladenen Finanznobilitäten, um auf Grundlage eines von dem Hrn. Finanzminister übermittelten Entwurfes über die Mittel zur Regelung der Valutenverhältnisse und zur Wiederherstellung einer günstigen Finanzlage ihr Votum abzugeben, haben im Laufe des Nachmittags bereits begonnen.

* Die auffallend hohe, meist zehnprocentige Steigerung der Miethzinse, namentlich in der inneren Stadt, erregte ziemlich Mißstimmung, und es befremdet immerhin, daß die durch das Gesetz ohnedies so sehr begünstigten Wiener Hauseigenthümer den vorübergehenden Druck, welchen die Geldverhältnisse im Allgemeinen üben, mit solchem Widerwillen und so wenig Resignation tragen. Die Preissteigerung erscheint um so empfindlicher, als sie gerade jetzt, wo Maßregeln zur Besserung der Valutaverhältnisse getroffen werden sollen, Statt finden, während andererseits die auf so zahlreichen Gebäuden ruhenden hypothekarischen Sätze durch die Entwerthung der Valuta keinesfalls zum Nachtheile der Hauseigenthümer berührt worden sind.

Wien, 8. Mai. Im Laufe des Sommers wird das provisorische Gesetz für die aus sechs Classen bestehenden Realschulen erscheinen. In Wien steht die baldige Errichtung zweier solcher Anstalten bevor, die wenigstens dem dringendsten Bedürfnisse abhelfen.

Telegraphische Depeschen.

— **Venedig, 6. Mai.** Um 9 Uhr Morgens gelangten bei regnerischem Wetter mit dem f. Dampfer Vulcano Sr. Majestät der König Otto, Erzherzogin Hildegarde, Großherzogin von Hessen-Darmstadt, Fürst Lobkowitz hier an. Das Gefolge war mit dem Lloyd-Dampfschiffe Erzherzog Friedrich bereits um 6 Uhr angekommen. König Otto und Fürst Lobkowitz stiegen bei Sr. königl. Hoheit dem Herzog von Modena, Erzherzogin Hildegarde und Großherzogin von Hessen mit Ihrem Gefolge im Subernalpalaste ab. Großherzog von Hessen-Darmstadt, der zu Lande hieher reist, ist noch nicht eingetroffen. —

— **Turin, 4. Mai.** Zu Folge zwischen Piemont und Frankreich geschlossenen Vertrages werden französische Schiffe vom 1. Juli an vollkommen wie die englischen und belgischen behandelt werden.

— **Paris, 5. Mai.** Einem Gerüchte zufolge sollen in Lyon Unruhen ausgebrochen seyn. Durch eine Verständigung mit den Legitimisten ist Herr Perceval zum Mitgliede des Staatsrathes ernannt worden. Duprat bekämpft die Deponirung einer Petition um Prorogation, der Präsident überweist dieselbe einer Commission. Herr Carochesjaquelin erklärt sich im Namen seiner Fraction gegen die Revision der Verfassung, wenn nicht die Zurücknahme des Wahlgesetzes dabei bedungen werde. In der Invalidenkirche ward der Todestag Napoleons gefeiert, wobei auch der Präsident Louis Napoleon anwesend war.

— 6. Mai. Das Gerücht von in Lyon ausgebrochenen Unruhen ist unbegründet. Es werden viele Versuche gemacht, die alte Majorität wieder zusammenzuführen.

— **London, 5. Mai.** Das portugiesische Ministerium Cabral hat seine Entlassung genommen.

